

Beschluss des Landrates vom 13.12.2017

Nr. 1842

24. Standesinitiative Service public erhalten: Keine Schliessung von Poststellen! 2017/303; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion ablehne. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Seit Einreichen der Standesinitiative ist einige Zeit verstrichen, sagt **Adil Koller** (SP). Seither gab es die Diskussion um das Läufelfingerli und die Landsgemeinde – mit zwar nicht sehr vielen Parlamentarier/innen, dafür mit sehr viel Volk. Die Leute äusserten sich damals nicht nur verärgert wegen der S9, sondern auch wegen diverser anderer Themen wie dem Abbau von Service Public gerade in den Randregionen.

Am Anfang stand die Publikation von Listen mit gefährdeten Poststellen, woraufhin in Münchenstein eine Petition gegen die Schliessung der Münchensteiner Post in Gang gebracht wurde. Der Votant hat ja in seinem Leben schon viele Unterschriften gesammelt, aber noch nie hat er erlebt, wie dicht die Menschen in der Schlange gedrängt standen, um die Petition zu unterstützen. Die Leute haben langsam genug von Kürzungen. Insgesamt geht es um schweizweit 500 bedrohte Poststellen bis ins Jahr 2020.

Was will die Standesinitiative bzw. die Motion? Sie besteht aus fünf Punkten, die der Motionär als mehrheitsfähig erachtet, weil auch in anderen Kantonen Ähnliches zuhanden des Bundesparlaments verabschiedet wurde. Im ersten Punkt handelt es sich um ein Moratorium: Keine Schliessungen von Poststellen bis zum Vorliegen eines Konzepts; eine Netzplanung, aus der klar ersichtlich wird, wie das Postnetz funktionieren soll. Zweiter Punkt: Die Postkommission soll nicht nur eine Empfehlung zu einer Schliessung abgeben, sondern einen anfechtbaren Beschluss fassen. Im dritten Punkt geht es darum, dass die Bürgerinnen und Bürger sich mit einer Eingabe (ähnlich wie bei einer Volksinitiative) gegen eine Schliessung wehren können sollen.

Viertens geht es um die Postagenturen, darum, dass das Dienstleistungsangebot und die Ausbildung der Postagenten verbessert werden. Der fünfte, ebenfalls zentrale Punkt handelt von Poststellen in Randregionen, weil die bisherigen Regeln diese Regionen bezüglich Erreichbarkeit benachteiligen.

Die Initiative kommt zwar von der SP, ist aber keineswegs radikal, sondern sehr moderat formuliert. Teile der Initiative wurden auch von den Kantonen Tessin und Wallis überwiesen, die nicht als sozialistische Hochburgen bekannt sind. Der Kanton Uri, ebenfalls kein wirklich linker Kanton, setzte sogar ein Verbot von Postschliessungen durch, bis klar ist, wie das Postgesetz geändert wird. Zudem wurde die Standesinitiative von Vertretern aller Fraktionen unterschrieben, was zeigt, dass das Anliegen breit unterstützt wird.

Es geht also um 500 Poststellen bis 2020, die möglicherweise verschwinden sollen. Es handelt sich um wichtige Dienstleistungen, die auch von grösseren KMU beansprucht werden. Die späte Behandlung hat einen Vorteil: Es gibt unterdessen eine repräsentative Umfrage des Bundesamts für Kommunikation zur Haltung der Bevölkerung. Gemäss dieser Umfrage sind die Postagenturen bezüglich aller Kriterien (Dienstleistung, Personal, Öffnungszeiten) weniger beliebt als die Poststellen. Die Abbaustrategie der Post ist in der Bevölkerung nicht abgestützt, was auch die vielen Petitionen aus der Bevölkerung zeigen. Die Reaktion der Post auf diese Entwicklung ist relativ dramatisch. Sie antworten darauf schlicht, dass sie mit dem Abbau trotzdem weitermachen wollen. Aus diesem Grund muss die Politik unbedingt eingreifen. Es ist wichtig, dass auch die Kantone – und nicht nur Tessin oder Wallis – dem Parlament ein Zeichen mit nach Bern geben, dass man die Gesetze geändert haben und sich einsetzen möchte, dass die Poststellen, dort wo sie Sinn ma-

chen, erhalten bleiben und dort, wo es nicht Sinn macht, das Dienstleistungsangebot der Postagenturen so verbessert wird, dass die Bevölkerung dahinter stehen kann.

Es ist sicher richtig, so **Oskar Kämpfer** (SVP), dass die genannten Dienstleistungen von der Bevölkerung geschätzt werden. Aber eben nur von einem Teil. Diejenigen, die in der Schlange stehend ihre Unterschrift gegeben haben, haben sich im Moment vielleicht nicht überlegt, was das kostet. Eine gewisse Kostensensibilität ist in der Bevölkerung jedoch vorhanden. Beim Margarethenstich gab es nur eine Partei, die das Gespür dafür hatte, wie das Volk entscheiden wird – wegen der Kosten. Schliesslich konnte dagegen eine Mehrheit beschafft werden. Im Fall der Post-schliessungen geht es nun darum, dass einem Unternehmen gesagt wird, es solle sich im freien Markt behaupten und an die dynamische Veränderung der Gewohnheiten der Kunden so anpassen, dass für den Bund nicht zu viel Kosten entstehen. Hat der Kanton genug Geld und ist bereit, diese Kosten zu übernehmen, lässt sich das machen. Ob allerdings der Kanton Baselland dazu in der Lage wäre, ist stark zu bezweifeln.

Die Post übernimmt selber genug Verantwortung und schliesst keine Poststellen, die rentabel sind. Über das Marktverhalten der Kunden lässt sich diskutieren. Sie haben aber alle bereits mit den Füßen abgestimmt und gehen mittlerweile sehr viel weniger auf die Post, weil sie weniger Briefe schreiben. Vor diesen Gegebenheiten kann man zwar die Augen verschliessen. Sie finden aber trotzdem statt. Deshalb kann die SVP der Standesinitiative nichts abgewinnen und wird sie auch nicht unterstützen.

Marie-Theres Beeler (Grüne) sagt, dass die Fraktion Grüne/EVP die Überweisung der Motion unterstützen werde. Es ist ihr wichtig, dass auch in Randgebieten Leistungen für die Öffentlichkeit erhalten bleiben, dass es ein Konzept gibt und die Netzplanung als Grundlage für Poststellenschliessungen bzw. eine Überführung in Servicestellen vorliegt. Die Fraktion ist vom Punkt 4 zwar nicht unbedingt überzeugt, da es eigentlich nicht im Sinne einer Standesinitiative ist zu fordern, wie das Ausbildungsniveau aussehen soll. Die Initiative ist aber ein nötiges Zeichen, die Post und Postfinance daran zu erinnern, dass sie eine wichtige öffentliche Institution wahrnehmen, die gerade auch der älteren Bevölkerung zur Verfügung stehen muss.

Laut **Thomas Eugster** (FDP) könne die FDP-Fraktion die Motion aus verschiedenen Gründen nicht unterstützen. Die Post ist ein Unternehmen, das angehalten ist, sich – bis auf die Briefpost – dem Wettbewerb zu stellen. Man kann ihr somit nicht gleichzeitig befehlen, alle Filialen offen zu behalten. Mit der Standesinitiative werden aber ausgerechnet dafür Mittel in die Wege geleitet. Das ist unrealistisch, man kann nicht gleichzeitig den Fünfer und das Weggli haben. Zum Zweiten entspricht es der Realität, dass die Leute immer weniger die Postdienste brauchen und sie von anderen Formen der Kommunikation abgelöst werden. Diese Entwicklung lässt sich auch mit einer Standesinitiative nicht verhindern. In der Tat stimmen die Leute mit den Füßen ab. Man sieht es, wenn man einmal eine Poststelle besucht: Es geht allenfalls noch um Zalando-Päckli und den Kauf eines Schleckstengels.

Drittens ist die Sache auf Bundesebene im Nationalrat bereits am Laufen. Vielleicht war das Tempo der Post etwas hoch, was nun korrigiert wird. Somit ist es überflüssig, zu diesem Thema nochmals eine Motion zu starten.

Inhaltlich ist die FDP zudem keinesfalls mit allen Punkten der Motion einverstanden, weshalb sie sie nicht unterstützen wird.

Für die CVP/BDP-Fraktion ist es laut **Franz Meyer** (CVP) zwar verständlich und nachvollziehbar, dass sich die Post bis zu einem gewissen Grad den Gegebenheiten des Markts anpassen will und soll. Die Vorgehensweise allerdings, mit dem massiven Abbau von Poststellen zuerst Tatsachen zu schaffen, damit anschliessend das Postgesetz angepasst werden muss, wird als falsch erach-

tet. Die Fraktion meint, dass es zwar Veränderungen braucht, aber zuerst diskutiert werden muss, wie der Service Public bezüglich Erreichbarkeit aussehen soll. Erst dann soll das Poststellennetz entsprechend angepasst werden. Aus diesen Gründen unterstützt die CVP/BDP-Fraktion die Motion.

Matthias Häuptli (glp) schickt voraus, dass die Post einen gesetzlichen Auftrag habe. Die Gesetzgebung ist Bundessache. Der Landrat ist nicht die Bundesversammlung. Zu Standesinitiativen ist generell zu konstatieren, dass diese in Bern normalerweise versanden und mehr oder weniger stillschweigend abgeschrieben werden. Somit würden in diesem Gremium Diskussionen geführt werden, die gar nicht hierher gehören. Im Übrigen ist die Initiative reiner Populismus. Die glp/GU-Fraktion lehnt sie ab.

Einige mögen sich noch erinnern, dass **Andreas Bammatter** (SP) im November 2016 ein Postulat mit dem Titel «Postschiessungen – die Regierung steht in der Verantwortung» eingereicht hatte. In der Antwort hatte die Regierung klar gesagt, dass sie die Nicht-Zuständigkeit geprüft habe. Was ist passiert? Eigentlich hatte der Votant gewünscht, als Brückenbauer im Kanton zu wirken. Schweizweit ist derweil einiges gegangen. Heute ist es so, dass die meisten Chancen hat, wer am lautesten schreit – und nicht weil dies der Service Public gebietet. Im Kanton Baselland gibt es stadtnahe Gebiete wie Therwil, wo es eine Post gibt. Und es gibt ländliche Gebiete, die kämpfen und ins Auto steigen müssen, um Post aufzugeben. Wenn man aber sagt, es gebe einen Service Public, dann ist der Service eben «public» – und nicht Markt. Es ist hier niemand gegen die Zeichen der Zeit. Ein Vorredner hatte aber gesagt, dass alles vielleicht ein bisschen schnell gehe. Und genau das ist der Punkt, worauf man mit diesem Vorstoss hinwirken möchte. Es soll damit den Kolleginnen und Kollegen in Bern geraten werden, die Sache nochmals etwas genauer anzuschauen. Dazu wäre wichtig, dass die Region ein Zeichen setzt und die Regierung in die Verantwortung nimmt. Baselland wäre nicht der erste Kanton und wird auch nicht der letzte sein, der dies tut. Der Entscheid wird zwar in Bern gefällt. Die Parlamentarier aus den Kantonen können ihn aber beeinflussen, indem sie deutlich machen, wie wichtig ihnen das Thema ist. Ansonsten läuft es so, wie es immer läuft: Wer sich nicht wehrt, wird geköpft.

Hans-Urs Spiess (SVP) hatte damals die Standesinitiative mitunterzeichnet und öffentlich schon mehrfach seinen Unmut darüber kundgetan, dass der Service public im ländlichen Gebiet per Sallamitaktik Schritt für Schritt abgebaut wird. (Übrigens hasst er den immer wieder verwendeten Begriff Randregion, denn neben ihm, als Bewohner eines ländlichen Gebiets, fällt das Land nicht einfach ab.) Als bürgerlich denkender Mensch kann er jedoch die gewerkschaftliche Forderung in Punkt 4 in keiner Art und Weise unterstützen. Streicht Adil Koller diesen Punkt nicht raus, wird er die Motion ablehnen.

Linard Candreia (SP) hat in der Poststellenschliessungsdiskussion im Land gespürt, dass es vor allem ältere Menschen sind, die berechnete Ängste haben, unter die Räder zu kommen. Er hat aber auch gespürt, dass die Post ein Stück Heimat ist. Man vergesse nicht, dass das dichte Poststellennetz eine grosse Errungenschaft der Eidgenossenschaft (also wieder der Heimat) ist. Er hat auch gespürt, dass vor allem in den Berg- und den ländlichen Kantonen vieles verloren geht. Welche Perspektive haben die kleinen Gemeinden denn heute noch? Alles wird geschlossen, der Laden, die Post usw. Die Abwanderung wird dadurch forciert. Der Votant ist durchaus von heute, nicht von gestern, und merkt, wie das Physische zunehmend durch das Digitale abgelöst wird. Das ist eine Tatsache. Er möchte diesen Prozess aber etwas bremsen. In Bern wurde das kapiert. Er ist überzeugt, dass das Bremsen des Poststellenabbaus die richtige Antwort ist und sich durchsetzen wird.

Adil Koller hat richtig darauf hingewiesen, dass es ein Zeichen in Richtung Bern braucht. Das Land

ist ja so klein. Man sollte in dieser Frage etwas über die engen Grenzen hinausschauen und Solidarität nach innen zeigen.

Rolf Blatter (FDP) meint, es wäre sinnvoller gewesen, wenn all jene, die für die Unterschrift angetreten sind, in die Post hinein gegangen wären und einen Brief mit einer Frankatur aufgegeben hätten. Man negiert, dass die technologische Entwicklung es möglich macht, die Geschäfte anders abzuwickeln, als das früher der Fall war. Wenn die tausenden von E-Mails, die heute versendet werden, frankiert und mit der Post verschickt würden, gäbe es die Diskussion nicht. Matthias Häuptli hat richtig darauf hingewiesen, dass die Post ein Bundesthema ist und nicht in die Kantone gehört – und es als Thema somit irrelevant ist. Hier wird aber versucht, mit Steuergeldern Strukturen zu erhalten, die nicht mehr im selben Mass wie einst erforderlich und auch nicht gewünscht sind. Die Erhaltung von Strukturen von anno dazumal ist wahrscheinlich rechtens, aber nicht richtig.

Adil Koller (SP) präzisiert, dass die Standesinitiative kein Verbot von Poststellenschliessungen, sondern lediglich ein Moratorium fordert, bis im Poststellennetz transparent aufgezeigt ist, wie gekürzt und wo abgebaut werden soll. Sonst passiert dasselbe wie in den letzten Jahren, dass nämlich die Politik der Post hinterher hinkt, weil sie das Gesetz nicht geändert hat und die Post einfach machen lässt.

Oskar Kämpfer hatte gesagt, dass die Post dies alleine könne: Das ist eben nicht der Fall. Es wird gekürzt und abgebaut, die Leute aber fühlen sich machtlos, weil sie nichts dagegen tun können. Mit der Standesinitiative lässt sich das Postgesetz anpassen, da es für die Randregionen wirklich veraltet ist. Es gibt mittlerweile schon tausend Haushalte, darunter viele Höfe, die von der Post nicht mehr bedient werden. Das ist ein echtes Problem, weil die Post dies alleine durchzieht, während die Politik davor die Augen verschliesst.

Der Motionär findet es schade, dass Hans-Urs Spiess die Initiative nicht mehr unterstützt. Es sei ihm hiermit versichert, dass er Punkt 4 (mit den Postagenturen) nicht nach dessen Unterschrift hineingeflickt habe.

Seit 10 Jahren, so **Markus Graf** (SVP), gibt es in seinem Dorf keine Post mehr. Am Anfang war die Empörung gross. Mittlerweile vermisst sie aber niemand mehr. Deshalb nämlich, weil die Briefträger einen super Job machen. Päckchen aufgeben, Briefmarken bestellen, Einzahlungen machen, weiss der Geier was – die Angestellten sind ideal ausgebildet. Manchmal tun sie einem leid, was sie alles machen müssen...

Noch ein ernstes Wort zu den Randregionen: Man höre doch bitte endlich auf, von Randregionen zu reden. Am Schluss glauben es die Leute noch, dass sie am Ende der Welt wohnen. Vorwärts schauen! Die Leute im Oberen Baselbiet sind stolz auf die Region, in der sie wohnen.

Sandra Strüby-Schaub (SP) kommt aus dem Homburgertal. Dort stimmten die Bewohner letzthin ebenfalls mit den Füßen ab, als sie gegen die Stilllegung der S9 votierten. Diese Motion als populistisch zu bezeichnen, nur weil darin das Bedürfnis der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht wird, ist doch ziemlich fragwürdig. Gerade im Homburgertal ist die Situation fast schon dramatisch, da es nämlich nur noch eine einzige Poststelle in Läufeuffingen gibt. Und auch diese ist gefährdet. Die Poststelle in Thürnen wurde am 11.11. geschlossen. Nicht alle Dienstleistungen, die auf der Poststelle getätigt werden, werden auch auf einer Postagentur angeboten. Um etwas aufzugeben, muss man also vielleicht dereinst nach Sissach fahren. Das kann es doch nicht sein. Die Votantin bittet, die Motion zu unterstützen.

Andrea Kaufmann (FDP) spricht als Einzelsprecherin und Mitunterzeichnerin, die den Vorstoss unterstützen wird. Fakt ist, dass mit der Digitalisierung der Gesellschaft unter anderem auch die

Gewohnheiten ändern. Die jüngere Generation erledigt das meiste online und auch die hier Anwesenden gehen sicher nicht täglich auf die Post. Es darf aber nicht vergessen werden, dass es noch ältere Personen gibt, die immer noch auf die gute Dienstleistung einer Poststelle angewiesen sind. In der Begründung steht, sie habe sich überzeugen können, dass die Prüfung einer Poststelle jeweils im engen Dialog mit der Standortgemeinde und der Bevölkerung sorgfältig angegangen wird. Diese Meinung kann sie aus eigener Erfahrung nicht ganz teilen. Viele reden von Postagenturen als guter Alternative. Was in einer Postagentur nicht möglich ist: Die Kunden können keine Barzahlung tätigen, Bargeldbezüge sind maximal bis CHF 500 möglich, bei niedrigem Kassenbestand noch weniger; Päckchen mit einer Länge von über einem Meter können nicht verschickt werden; Eurobezüge sind nicht möglich, ebenso Zahlungen ins Ausland, in gewissen Agenturen nicht einmal Inlandzahlungen; Briefmarken gibt es nur in 10er-Bögen und nur solche für 1 Franken und 85 Rappen; Kontoeröffnungen sind ebenso nicht möglich; es gibt auch keine professionelle Beratung. Vielleicht gibt es bei gewissen Partnerfilialen attraktivere Öffnungszeiten – das mag ein Vorteil sein.

Der Regierungsrat ist grundsätzlich mit einem Grossteil des Anliegens der Motion einverstanden. Mit Punkt vier der Motion ist die Votantin allerdings nicht ganz einverstanden. Würde Adil Koller diesen rausstreichen, wäre nichts vergeben. Man setzt vielmehr ein Zeichen, dass der Landrat mit dem Abbau des Service Public nicht einverstanden ist.

Georges Thüring (SVP) war bis vor zwei Monaten ein überzeugter Gegner von Postschliessungen. Dann geschah in seiner Gemeinde Folgendes: Es wurde informiert, dass die Post in Grellingen demnächst schliesst. Was dann von der Post geboten wurde, war Klasse. Sie gingen auf die Schliessung und die Fragen ein und erklärten den Leuten, was die Post in diesem Umfeld noch bringt. Wenn pro Tag nicht einmal 100 Scheine einbezahlt und nicht einmal 40 Päckchen aufgegeben werden – wie lässt sich eine Poststelle unter diesen Umständen denn noch betreiben? Heute Morgen wurde im Landrat gestürmt, dass man Geld brauche. Um in Zukunft vielleicht wieder etwas grosszügiger sein zu können, muss man halt dort sparen, wo es nicht so weh tut. Damit die Diskussion darüber nicht ausufert, schliesst der Votant sein Votum. Oder wie lange dauert die Musik, die zum Abschluss versprochen wurde...? *[Gelächter]*

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) fällt auf, dass über nicht rentable Bahnen diskutiert wird, über Museen, die nicht rentieren, man möchte Poststellen erhalten, die nicht rentieren – alles was sich nicht lohnt, möchte man erhalten. Eine kleine Erfahrung möchte er noch weitergeben: In einem kleinen Dörfchen am Brienersee gibt es im Dorflädeli eine kleine Postagentur, die bestens funktioniert. Das Lädeli hat dadurch mehr Umsatz, weil die Leute auch auf die Post müssen. Brauchen sie für einmal Euro, müssen sie halt in Gottes Namen ins Auto steigen und etwas weiter fahren. Es lassen sich selbstverständlich sehr gute Lösungen finden, die allen nützen und längstens ausreichen.

Jan Kirchmayr (SP) hat ebenfalls Unterschriften gegen eine Poststellenschliessung gesammelt – notabene vor der Poststelle. Wer unterschrieben hat, konnte anschliessend noch auf die Post gehen und umgekehrt. Rolf Blatter hat dies aber offenbar nicht gesehen.

Zum Hausservice: Das Problem ist, das sie am Tag kommen, wenn die meisten Leute nicht zuhause sind. Ergo bringt das nichts. Das Postgesetz ist veraltet, weshalb die Standesinitiative jetzt überwiesen werden muss. Gemäss diesem Gesetz wäre es möglich, dass es im Birstal mit seinen über 40'000 Einwohnerinnen und Einwohnern nur noch eine Poststelle gibt.

Man soll die Verantwortung nicht auf den Bund abschieben, denn die Post gehört allen. Der Kanton muss sich beteiligen und einen entsprechenden Auftrag geben.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) möchte zum Schluss noch einige Punkte anbringen. Erstens: Strukturert ist keine Strategie. Zum Thema Landsgemeinden: Das Einberufen von Landsgemeinden ist ein sehr gutes und nützliches Hilfsmittel. Kündigt man sie an, als würden sich alle Anwesenden automatisch mit der einen Seite solidarisieren, ist die andere Seite ausgeklammert. Lädt man jedoch ein, um über Chancen und Risiken einer Veränderung zu diskutieren, fühlt man sich auch als Regierung angesprochen und nimmt teil. Aber erst dann.

Zum Service Public: Es geht nicht darum, Heimat im Sinne von Ballenberg um jeden Preis zu erhalten. Der Ballenberg ist schön und wunderbar. Jene, die in der Armee 61 Dienst getan haben, fanden in jedem Dörfchen und Weiler irgendwo einen Einweisposten, um ihre Kompanie zu sammeln. Wo war dieser Posten? Bei der Post. Damals gab es das noch. Nun hat sich die Welt aber weiterentwickelt. In diesem Jahr war vermutlich jeder in diesem Saal an einer Tagung, an der es um das Thema Digitalisierung ging. Gleichzeitig hört man heute immer noch – Freud lässt grüssen – Menschen von der PTT sprechen. Diese existiert aber schon lange nicht mehr. Es hat sich weiterentwickelt. Es gibt schon lange nicht mehr in jedem Dorf ein Milchhüsli mit Offenmilchschank. Das war toll, es war auch Heimat. Aber es hat sich weiterentwickelt. Es gibt schon längst nicht mehr überall eine Bankfiliale. Bankautomaten waren damals ganz schlimm – aber heute geht es auch dort unaufhaltsam in Richtung Digitalisierung.

Es geht darum, dass sich ein Logistikunternehmen in die Zukunft entwickeln muss, damit auch heute alle und überall in vernünftiger Qualität Zugang zu den benötigten Dienstleistungen erhalten. In diesem Prozess befindet sich die Post. Es wird nirgends ersatzlos etwas abgebaut, schon gar nicht im Baselbiet. Dass z.B. in der Münchensteiner Gartenstadt gegen die dortige Postschliessung Unterschriften gesammelt wurden, war sicher gut und wirksam. Es handelte sich aber um eine Poststelle, die gar nicht abgebaut wird. In Thürnen wurde grosses Aufhebens gemacht; die Bäckerei Bürgi bietet nun dort jedoch eine Agenturleistung mit längerer Öffnungszeit an, Hölstein dito. In Buus funktioniert der Hauslieferservice bestens. Man sei doch ein bisschen zuversichtlicher, dass die Veränderungen letztlich im Interesse der Bevölkerung geschehen. Denn, wie schon zu Beginn gesagt: Strukturert ist keine Strategie.

://: Die Motion wird mit 40:36 Stimmen bei 1 Enthaltungen überwiesen.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) schliesst die Traktandenliste, erfreut darüber, wie weit man heute trotz aufwendiger Budgetdebatte gekommen sei.

Es folgt nun eine musikalische Darbietung zum Jahresausklang. Zu hören sein wird der regional aktive Chor von «Let's GOSpel» des Krea-Centers unter der Leitung von Christian Viloz. In ihren Auftritten versprühen sie Begeisterung und Freude, mit der sie den Landrat hoffentlich anstecken werden.
